

Analyse des Berliner Koalitionsvertrages 2022-2026

mit Blick auf die Forderungen des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags (BER)

Im Oktober 2019 haben die Mitgliedsorganisationen des BER konkrete Forderungen an die Berliner Landes- und Bezirkspolitik gestellt. Anlässlich der neuen Berliner Regierung für die Legislatur 2022 bis 2026 evaluiert der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) e.V., inwiefern seine entwicklungspolitischen Forderungen als Landesverband im Koalitionsvertrag berücksichtigt wurden.

Landesentwicklungspolitik und zivilgesellschaftliches Engagement

Das Land Berlin wird vom BER aufgefordert sich zur sozial-ökologischen Transformation bis 2030 zu bekennen. Eine finanziell gestärkte und empowerte Zivilgesellschaft, die Themen der Entwicklungspolitik, der globalen Gerechtigkeit und des Antirassismus repräsentiert und verbreitet, spielt dafür eine entscheidende Rolle. Zudem fordert der BER eine intensiviertere Zusammenarbeit Berlins und seiner Bezirke mit Kommunen im globalen Süden. Im Koalitionsvertrag bekennt sich die neue Regierung zu den globalen Entwicklungszielen der UN-

Agenda 2030 und strebt eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft an. Konkret wird auch die Erarbeitung eines Landesdemokratie-fördergesetzes genannt, das langfristig die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Trägern im Bereich Antidiskriminierung, Demokratieförderung, Opferberatung und Empowerment absichern soll. Die Förderung des Ehrenamtes, des Eine-Welt-Promotorenprogrammes und von „Berlin Global Village“ findet sich ebenfalls im Koalitionsvertrag wieder.

Zukunftsfähiges Wirtschaften: Gegen Gewinne ohne Gewissen

Der BER fordert eine Wirtschafts- und Vergabepolitik, die nachhaltige, faire und regionale Produkte sowie Wirtschaftsmodelle priorisiert und gezielt fördert. Zudem sollte die Gründungs- und Start-Up Förderung der Berliner Investitionsbank an nachhaltige Geschäftsmodelle geknüpft sein. Im Koalitionsvertrag bekennt sich die Regierung zu dem langfristigen Ziel, eine Kreislaufwirtschaft zu etablieren und ansässige Unternehmen bei ihrer sozial-ökologischen Transformation zu unterstützen. Zudem soll die Kompetenzstelle „Faire Vergabe“ und das „Aktionsbündnis Fairer Handel“ gestärkt werden. Außerdem will das Land Berlin in einem breiten Beteiligungsprozess eine Nachhaltigkeitsstrategie 2030 entwickeln.

Migration, Flucht und Diaspora:

Grenzen überwinden

Der BER fordert die Sicherstellung der Teilhabe, Gleichstellung und den Schutz vor Diskriminierung, außerdem soll Diversität und Antirassismus als Teil des Selbstverständnisses städtischer Institutionen etabliert werden. Das Land Berlin wird aufgefordert, Abschiebungen zu beenden und einen „sicheren Hafen“ für Geflüchtete zu bieten. Letzteres wurde zumindest teilweise im Koalitionsvertrag berücksichtigt. Die Regierung verspricht ein Ende nächtlicher Abschiebung, von Familientrennung, von Direktabschiebung aus Schulen, Jugendeinrichtungen und Krankenhäusern. Zudem soll eine Abschiebung nicht erfolgen, wenn dies aus humanitären Grundsätzen nicht tragbar sei. Berlin will die Politik der Willkommenskultur fortsetzen und sich für die Aufnahme von Menschen in Not, Familiennachzug und die Schaffung von Bleibeperspektiven einsetzen. Die Partizipation von Menschen mit Fluchterfahrung und/oder Migrationsgeschichte soll des Weiteren durch die Überarbeitung des Partizipationsgesetzes gesichert werden.

Klima- und Ressourcengerechtigkeit:

Weniger ist mehr

Der BER fordert einen Kohleausstieg bis 2025 und einen Erdgasausstieg bis 2030, die Umsetzung der Mobilitätswende und einen Fokus auf Flächengerechtigkeit. Um Menschenrechte und

Umweltschutz bei der Produktion zu sichern, soll der Ausstieg aus dem Privat-PKW-Verkehr im Fokus der Mobilitätswende stehen. Der Zentrale Satz im Koalitionsvertrag hierzu lautet: „Die Koalition bekennt sich zum Klimaschutz als Querschnittsthema in allen Politikbereichen und zum Ziel der Klimaneutralität Berlins entsprechend des Pariser Klimaschutzabkommens, im Sinne des 1,5-Grad-Limits.“ Einen Kohleausstieg strebt die Regierung bis möglichst vor 2030 an. Außerdem wird in diesem Zusammenhang das Programm EU Fit for 55 genannt, dass die Emissionen bis 2030 auf 55% im Vergleich zu 1990 senken soll. Um die Ziele des Pariser Abkommens, also das 1,5-Grad Limit einzuhalten, ist dies aber nicht ausreichend und zur Abkehr vom Privat-PKW verliert der Koalitionsvertrag ebenfalls kein Wort.

Globales Lernen für transformative Bildung

„Die Bildungsverwaltung soll allen Akteur*innen im Bildungssystem die finanzielle, zeitliche und inhaltliche Möglichkeit schaffen, um die Forderungen der Frankfurter Erklärung nach der Integration von macht- und rassismuskritischen sowie feministischen Perspektiven umsetzen zu können“, so fordert es der BER. Im Koalitionsvertrag wird das Thema eher nebensächlich behandelt. Er beinhaltet aber folgenden zentralen Satz: „Dafür wird die Koalition das pädagogische Personal diverser aufstellen, die Rahmenlehrpläne und Lehr- und Lernmaterialien rassismus- und kolonialkritisch

überarbeiten und Fortbildungen zu diesen Themenfeldern aus- und aufbauen. Die Koalition setzt sich ebenso für starke Diversity- und Queerkompetenzen in allen pädagogischen Berufen ein und stärkt das Themenfeld der sexuellen Vielfalt und Identität.“ Leider bleibt ein Bekenntnis zur Frankfurter Erklärung weiterhin aus.

Dekolonisierung in Berlin umsetzen

Aufarbeitung, Verantwortung und Gedenken steht im Fokus der BER-Forderungen bezüglich der Kolonialgeschichte Berlins. Dies umfasst ein gesamtstädtisches Aufarbeitungskonzept, die Schaffung einer Koordinierungsstelle, die Umbenennung von Straßen die Kolonialverbrecher ehren und die Rückgabe von in kolonialem Kontext angeeigneten menschlichen Gebeinen. Das vom BER geforderte Aufarbeitungskonzept wird explizit im Koalitionsvertrag genannt und soll mithilfe von postmigrantisch-diasporischen Communities und der Koordinierungsstelle „Decolonize Berlin“, die noch während der letzten Legislatur eingerichtet wurde, erarbeitet werden. Der Vertrag nennt die Einrichtung zentraler Gedenkorte und die rassismus- und kolonialkritische Überarbeitung der Rahmenlehrpläne. Diese Punkte gehen aus den Bereichen Kultur und Bildung innerhalb des Koalitionsvertrages hervor. Das Anliegen des BER, dass das Land Berlin Dekolonisierung als gesellschaftliche und politische

Querschnittsaufgabe versteht, bildet sich im Koalitionsvertrag nicht ab.

Im Fazit lässt sich feststellen, dass die Berliner Koalition entwicklungspolitisch sinnvolle Maßnahmen plant. Es bleibt abzuwarten, wie die neue Regierung diese umsetzt. Klare Mängel finden sich zudem in den Bereichen Klimaschutz, Dekolonisierung und Globales Lernen. Die Abkehr vom Privat-PKW und Flächengerechtigkeit als Leitlinien der Mobilitätswende fehlen, Dekolonisierung und Globales Lernen werden eher nebensächlich behandelt.

Impressum

Herausgeber: Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER)
www.eineweltstadt.berlin

Redaktion: Jacob Schladebach und Sylvia Werther (BER),
Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber
verantwortlich. Berlin im April 2022.